



NETZ WERK GERECHTE RENTE



Wir sind das Netzwerk gerechte Rente!

Wir sind viele und wollen noch viel mehr werden.
Wir stehen für eine Rente, die für ein gutes Leben
im Alter reicht. Wir sind Sozial- und Wohlfahrts-
verbände und Gewerkschaften, die Millionen
Menschen organisieren.

Mach mit und mische Dich ein!
Die Rente der Zukunft wird heute
entwickelt!

Jetzt gemeinsam Druck machen!



Adolf Bauer, Präsident SoVD, **Prof. Dr. Gerhard Bäcker**, **Annelie Buntenbach**, Geschäftsführender Bundesvorstand DGB,
Ulrike Mascher, Präsidentin Sozialverband VdK Deutschland, **Dr. Wolfram Friedersdorff**, Präsident Volkssolidarität,
Dr. Joachim Rock, Abteilungsleiter Sozialpolitik, Der Paritätische (v. l. n. r.)



Das Netzwerk gerechte Rente stellt die gesetzliche Rente in den Mittelpunkt

Wir fordern

- Ein starkes Fundament: Eine gesetzliche Rente, die den Lebensstandard absichert und vor Armut schützt.
- Mehr ist gerecht: Das gesetzliche Rentenniveau muss jetzt auf 48 Prozent stabilisiert und in einem weiteren Schritt etwa auf 50 Prozent angehoben werden – die Renten müssen wieder stärker mit der Entwicklung der Löhne Schritt halten.
- Wer gesundheitlich eingeschränkt ist, darf nicht bestraft werden: Die Erwerbsminderungsrente darf keine Armutsrente sein – die hohen Abschläge sind ungerecht und müssen abgeschafft werden.
- Weg von prekären Jobs, hin zu sicheren, besser bezahlten und sozial abgesicherten Arbeitsverhältnissen.
- In der Zukunft: Mehr Beschäftigte in die gesetzliche Rentenversicherung.

Eine Rente, von der man im Alter in Würde leben kann, ist machbar und auch finanzierbar, ohne jemand zu überfordern.

„Die Rente ist wieder im Gespräch und dabei stehen die Themen, die wirklich wichtig sind, im Mittelpunkt. Jetzt geht es darum, weiter Druck zu machen. Wir können noch viel erreichen, um die Rente gerechter für die Zukunft aufzustellen“.

Annelie Buntenbach, Geschäftsführender Bundesvorstand DGB

Die gesetzliche Rente – eine Idee mit Zukunft gestalten

Wer in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlt, leistet einen Beitrag für die eigene Zukunft. Niemand will gezwungen sein, bis an sein Lebensende zu arbeiten.

Die gesetzliche Rente ist solidarisch: Wer einzahlt, ermöglicht es heute älteren Menschen, mit der Rente ihr Leben zu gestalten. Die gesetzliche Rente ist ein Vertrag zwischen den Generationen, da das hereinkommende Geld umgelegt wird. Sie ist die beste Möglichkeit vorzulegen.



„Ohne Vertrauen geht es in der Rente nicht: Sonst würde niemand einzahlen wollen. Wir müssen dafür sorgen, dass die gesetzliche Rente gestärkt wird, um verlorengegangenes Vertrauen wiederherzustellen und damit den Generationenvertrag zu erneuern.“

Ulrike Mascher, Präsidentin Sozialverband VdK Deutschland

Die gesetzliche Rente muss wieder uneingeschränkt im Mittelpunkt stehen und auch alleine dafür reichen, im Alter in Würde leben zu können. Sie muss das starke Fundament sein, auf dem die Sicherheit im Alter insgesamt gebaut wird.

Bis hierhin und nicht weiter!

Unsere Kampagne wirkt an der richtigen Stelle: Die Bundesregierung ändert ihren Kurs bei der gesetzlichen Rente. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles ist im November 2016 mit einer Haltelinie beim Rentenniveau an die Öffentlichkeit gegangen. Das Rentenniveau soll demnach bis 2045 nicht unter 46 Prozent sinken.

„Eine Haltelinie einzuziehen, damit das Niveau nicht in den Keller geht, ist gut, aber 46 Prozent ist zu wenig. Heute sind es noch 48 Prozent, darunter darf es nicht gehen! Die Politik muss zu einer Rentenpolitik zurückkehren, die für alle Menschen ein Leben im Alter in Würde ermöglicht. Das bedeutet: Weg vom Tunnelblick darauf, die Beitragsätze nicht steigen zu lassen, und die Leistungsseite wieder stärken.“

Annelie Buntenbach, Geschäftsführender Bundesvorstand DGB

Wenn nichts passiert, droht massenhafte Armut im Alter

Bereits heute reicht etwa die Hälfte aller Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung nicht zum Leben. Immer mehr Rentner/innen müssen einem Job nachgehen, fast eine Million von ihnen sind Minijobber. Ohne das zusätzliche Geld sind sie vom sozialen Abstieg oder gar Altersarmut bedroht. Das ist nicht menschenwürdig. Das muss sich ändern.

Wenn jetzt nichts passiert, sinkt das Rentenniveau immer weiter ab. Es könnte schon in 15 Jahren bei nur noch 44 Prozent liegen und würde unaufhaltsam weiter sinken. Für jeden Euro, den jemand in die Rentenkasse einzahlt, gäbe es immer weniger Rentenleistung. Besonders diejenigen, die 40 Jahre und jünger sind, hätten das Nachsehen. Da würde es auch nur wenig bringen, länger zu arbeiten. Passiert nichts, werden sehr viele Menschen ihre Rente mit Grundsicherung aufstocken müssen.



„Wenn das Rentenniveau weiter sinkt, werden die heute 30- oder 40-Jährigen noch mehr einzahlen und im Alter noch weniger bekommen. Soweit dürfen wir es nicht kommen lassen. Zumal es dann passieren kann, dass der Generationenvertrag nicht mehr hält und das System der gesetzlichen Rente seine Daseinsberechtigung verliert.“

Annelie Buntenschach, Geschäftsführender Bundesvorstand DGB

Was ist das Rentenniveau?

Das Rentenniveau beschreibt, wie hoch die Standardrente im Verhältnis zum Durchschnittseinkommen der Erwerbstätigen ist. Bei sinkendem Rentenniveau halten die Renten immer weniger mit der Entwicklung der Löhne Schritt. Die Rente ist dann im Verhältnis zu den Löhnen immer weniger wert.

Und was ist die Grundsicherung?

Die Grundsicherung im Alter stockt die Rente bis auf die Höhe des Existenzminimums auf. Es handelt sich um eine Leistung aus Steuergeldern.

Die wichtigste Gerechtigkeitsfrage der Zukunft heute beantworten

Eine Haltelinie bei 46 Prozent reicht nicht. Die gesetzliche Rente muss jetzt stabilisiert und in einem weiteren Schritt etwa auf 50 Prozent angehoben werden.

Das Beschreiben einer neuen Haltelinie und einer möglichen Ziellinie durch die Bundesarbeitsministerin ist nicht mehr als ein Schritt in die richtige Richtung. Was jetzt als Konzept auf dem Tisch liegt, steht noch lange nicht im Gesetz.

Wir wollen, dass am Ende Gesetze verabschiedet werden, die unsere Forderungen und Argumente aufnehmen. Weil sie vernünftig sind und für Schutz vor Armut und für mehr Gerechtigkeit sorgen. Wir brauchen schnell Entscheidungen. Die Zeit drängt.



Rente darf kein Risiko sein

Private Rentenformen, darunter die staatlich geförderte Riester-Rente, sind schlechte Alternativen zur gesetzlichen Rente. In die Riester-Rente zahlen heute vor allem diejenigen ein, die über 65.000 Euro verdienen. Menschen mit einem geringen Einkommen können es sich gar nicht leisten, zu riestern.

Bei privaten Rentenverträgen wird das Risiko und die Beitragszahlung alleine auf die Versicherten abgewälzt. Die einzigen, die daran verdienen, sind die Versicherer. Für diejenigen, die einzahlen, bleibt der Ausgang ungewiss. Eine an den Gesetzen des Marktes orientierte Rente kann ein Alter in Würde nicht sichern.

„Wer heute den Mindestlohn von 8,50 Euro verdient, kommt bei einer 40-Stunden-Woche im Monat auf ungefähr 1.400 Euro brutto. Da ist selbst ein Rentenniveau von 50 Prozent nicht ausreichend, um Altersarmut zu verhindern. Jeder steigende Prozentpunkt beim Rentenniveau hilft aber, die Zahl der Menschen, die unter die Armutsschwelle rutschen, zu verringern.“

Adolf Bauer, Präsident SoVD

1. Wie die Löhne, so die Rente

Die Rentensteigerungen liegen deutlich hinter den Lohnerhöhungen zurück – seit 2003 um 4,4 Prozent. Dafür ist eine Formel verantwortlich, mit der die Rentenerhöhungen berechnet werden. Der „Nachhaltigkeitsfaktor“ beispielsweise setzt die Zahl der Beitragszahler zu den Rentner/innen ins Verhältnis und sorgt regelmäßig dafür, dass die Renten geringer steigen als die Löhne. Und je mehr Menschen riestern, desto geringer fällt nach der Formel der Rentenanstieg aus. Wir fordern: Die Renten sollen wieder stärker an die Entwicklung der Löhne gekoppelt sein.

Wer nicht so viel leisten kann, darf nicht mit Abschlägen bestraft werden!

Der Druck im Erwerbsleben steigt, immer mehr Menschen werden immer früher dauerhaft krank. Sie sollen vorübergehend oder dauerhaft über eine Erwerbsminderungsrente abgesichert werden.

Was ist eine Erwerbsminderungsrente?

Wer nur noch weniger als sechs Stunden täglich arbeiten kann, hat Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente. Einkommen über 450 Euro werden mit der Erwerbsminderungsrente verrechnet.

Doch die Erwerbsminderungsrente befindet sich im Sinkflug. Wer sie heute beantragt und trotz viel zu strenger Zugangskriterien erhält, kann im Schnitt nur noch mit 628 Euro rechnen. Fast ein Fünftel der Menschen, die in Haushalten von Erwerbsminderungsrentner/innen leben, ist mittlerweile auf aufstockende Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Erwerbsgeminderte gehen nach der aktuellen Gesetzeslage mit bis zu 10,8 Prozent Abschlägen in die Rente.

„Das von der Bundesregierung vorgelegte Rentenkonzept sieht erweiterte Zurechnungszeiten bei der Erwerbsminderungsrente vor, von 62 auf 65 Jahre, was im Durchschnitt rund 60 Euro mehr im Monat bedeutet. Das finden wir richtig. Doch die Zeiten bis 2024 gestreckt anzuheben, dauert viel zu lange. Die Erwerbsminderungsrenten sind im Sinkflug und reichen schon jetzt nicht mehr. Sie müssen sofort steigen. Die ungerechten Abschläge müssen abgeschafft werden, und zwar bei Neu- und Bestandsbeziehern. Wer Armut bekämpfen will, muss heute beginnen und nicht erst morgen.“

Ulrike Mascher, Präsidentin Sozialverband VdK Deutschland

2. Altersarmut verhindern

„Die Armutsquote von Rentnerinnen und Rentnern ist in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen und liegt mit 15,9 Prozent über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Hinzu kommen diejenigen, die nicht von der Statistik erfasst werden. Menschen, die im Alter in äußerst schwierigen Verhältnissen leben. Ein System, das dies zulässt, ist eines Sozialstaats nicht würdig.“

Dr. Joachim Rock, Abteilungsleiter Sozialpolitik, Der Paritätische

Viele arme ältere Menschen beantragen keine Grundsicherung, obwohl sie jeden Grund dazu hätten. Aus Scham. Oder weil sie ihre vertraute Wohnung nicht verlassen wollen. Oder weil sie auf ihr Auto angewiesen sind, um mobil zu bleiben. Denn wer ergänzend zur gesetzlichen Rente Grundsicherung bekommen will, darf kaum Geld behalten, muss Haus und Wohnung verkaufen und auch das Auto. Was weg ist, bleibt weg. Im Alter kann niemand eine neue berufliche Existenz aufbauen, um wieder aus der Grundsicherung herauszukommen. Wir fordern: Die Grundsicherung muss bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.





„Renten in der Nähe oder unterhalb der Armutsgrenze haben schlimme Konsequenzen: Gerade Ältere brauchen mehr Geld – für Mobilität, für Gesundheit, für Pflege. Reicht die Rente nicht, fällt das den Kommunen und Familien auf die Füße, die einspringen müssen.“

Dr. Wolfram Friedersdorff, Präsident Volkssolidarität

„Vorsorge und Beiträge müssen sich auch auszahlen. Das gilt auch für Rentnerinnen und Rentner, die auf ergänzende Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind. Es geht nicht an, dass deren Rente vollständig auf die Grundsicherung angerechnet wird, doch genau das widerfährt diesen Menschen gegenwärtig. Deshalb fordern wir Freibeträge für Leistungen aus der Rentenversicherung, die sicherstellen, dass die Rente nicht mehr vollständig auf die Grundsicherung angerechnet wird.“

Dr. Joachim Rock, Abteilungsleiter Sozialpolitik, Der Paritätische

Strukturschwach darf nicht arm bedeuten

Besonders von Altersarmut betroffen sind bereits heute strukturschwache Regionen. Strukturschwach heißt: geringe Wirtschaftskraft, niedrige Löhne, kaum Tarifbindung, viele erwerbslose Menschen. In den strukturschwachen Regionen im Osten der Republik beziehen neun von zehn Rentner/innen ausschließlich die gesetzliche Rente. Bei Frauen sind es sogar nur ein Prozent, die noch andere Einkünfte, etwa aus einer privaten Rente, haben.

Die Aussichten sind noch finsterner: Die 55- bis 65-Jährigen sind nahezu doppelt so stark gefährdet wie die heutigen Rentner/innen, das Alter in Armut verbringen zu müssen.

Es muss sich etwas ändern. Sonst befinden sich viele Menschen in strukturschwachen Gebieten auf dem direkten Weg in die Altersarmut.

3. Die Weichen im Erwerbs- leben umstellen

„In dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht, dass sich die Ost-Renten bis 2020 an das Westniveau der Renten angleichen. Darauf bestehen wir. Die Anpassung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss deshalb aus Steuermitteln finanziert werden, um die Rentenkasse nicht zusätzlich zu belasten.“

Dr. Wolfram Friedersdorff, Präsident Volkssolidarität

Die Rente ist ein Spiegelbild dessen, wie das Erwerbsleben aussieht. Immer mehr Menschen wechseln im Laufe ihres Lebens den Arbeitsplatz. Zwischendrin entstehen Zeiten ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Viele Soloselbstständige oder Minijobber arbeiten, ohne in die Rentenversicherung einzuzahlen. Der Staat zahlt für langjährig Erwerbslose überhaupt keine Beiträge mehr in die Rentenkasse. Frauen werden nicht nur schlechter bezahlt und haben geringere Aufstiegschancen. Sie haben auch öfter als Männer Brüche in ihrem Arbeitsleben. Die Folge: Ihre Renten sind schon heute zu gering.

„Vieles würde sich zum Besseren ändern, wenn die Erwerbstätigkeit von Frauen so groß wäre wie die von Männern, sie die gleichen Aufstiegschancen hätten, genauso viel verdienen würden. Besonders Frauen arbeiten in Minijobs. Die müssen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden“.

Ulrike Mascher, Präsidentin Sozialverband VdK Deutschland

Wer die Rente spürbar verbessern will, setzt bei den Arbeitsverhältnissen an. Bessere Löhne besonders am unteren Ende der Einkommenskala genauso wie mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse sind dringend nötig.

4. Nicht alles miteinander zu verrechnen heißt, den Spielraum zu vergrößern

Bislang wird die gesetzliche Rente voll verrechnet, wenn aufstockend Grundsicherung beantragt wird. Nicht alles miteinander zu verrechnen, wäre aber wichtig für die Rentner/innen mit wenig Einkommen. Solche anrechnungsfreien Beträge müssen über alle Rentenarten hinweg erhöht werden. Damit wird die Rente stärker der Lebenswirklichkeit angepasst.

„Die volle Anrechnung der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Leistungen der Grundsicherung im Alter empfinden die Betroffenen als ungerecht. Und das ist auch nachvollziehbar. Denn dieser Personenkreis erhält keine höhere Gesamtleistung als Bezieherinnen und Bezieher, die keine Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt haben. Rentnerinnen und Rentner dürfen nicht bestraft werden, dass sie trotz ihrer Rente auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind.“

Adolf Bauer, Präsident SoVD

Solidarität ist keine Schnäppchenjagd. Ist es fair, dass jemand mit Lücken in seinem Erwerbsleben durch die Grundsicherung genauso viel oder wenig Rente bekommt wie jemand, der sein Leben lang mit einem niedrigen Einkommen gearbeitet hat? Ist es gerecht, dass Teile der Altersversorgung aus Steuermitteln und nicht aus der Rentenkasse gezahlt werden? Wie hoch sollen die Beiträge zur Rente ausfallen? Nicht jede Frage ist einfach zu beantworten. Wer aber solidarisch denkt, kommt zu Lösungen. Denn solidarisch zu sein bedeutet, zwischen den unterschiedlichen Leistungsfähigkeiten, Erwerbseinkommen und Vermögen einen sozialen Ausgleich herzustellen.

Wir können die Rente besser machen

An vielen Schrauben, die zu mehr Gerechtigkeit und Stabilität in der Rente führen, hat die Politik noch nicht gedreht. Wir haben konkrete Vorschläge, wie eine stärkere gesetzliche Rente zu finanzieren ist.

1. Mehr Menschen in die gesetzliche Rentenversicherung

Wir wollen den Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung gehen. Wenn man die Last auf mehr Schultern verteilt, dann wird es leichter und viele erhielten dadurch erstmalig überhaupt eine Absicherung fürs Alter. Gleichwohl ist klar: Ein solcher Schritt muss immer behutsam angegangen werden, ohne jemanden schlechter zu stellen.

2. Wo nötig, Steuermittel einsetzen

Dort, wo Leistungen gezahlt werden, für die keine Beiträge geflossen sind, wo besondere Herausforderungen auf uns zukommen aufgrund der älter werdenden Gesellschaft, müssen mehr Steuermittel eingesetzt werden. Dies gilt insbesondere dort, wo Sicherungen gegen Altersarmut eingebaut werden müssen. So ist beispielsweise die gezielte Bekämpfung von Altersarmut eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, ebenso wie Erziehungsleistungen z.B. über die sog. Mütterrente zu honorieren. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben sollten nicht der Rentenkasse aufgebürdet werden, sondern daran sollten

sich alle beteiligen – sie müssen aus Steuermitteln bezahlt werden.

3. Jetzt Reserven aufbauen

Die aktuell gute wirtschaftliche Situation wirkt sich auf die Rentenkasse aus. Es fließt mehr Geld als gedacht hinein. Die hohen Rücklagen, die die Rentenversicherung heute noch auf der hohen Kante hat, dürfen jetzt nicht einfach ausgegeben werden. Vielmehr müssen sie ausgebaut werden, um die nötigen Leistungsverbesserungen, als erstes die Stabilisierung des Niveaus der gesetzlichen Rentenversicherung, finanzieren zu können. Wenn hier nicht umgesteuert wird, kommen in wenigen Jahren Beitragserhöhungen auf uns zu, denen aber keine Leistungsverbesserungen gegenüberstünden. Dann werden die Forderungen nach Leistungskürzungen und gerade nach der Rente mit 70 laut werden. In diese Falle wollen wir gar nicht erst laufen, stattdessen muss jetzt die gute Situation genutzt werden, um die Rente für die Zukunft fit zu machen.

4. Halbe-halbe, das ist gerecht

Einen Teil der Risiken der Altersvorsorge hat der Staat auf die Beschäftigten abgewälzt. Und zwar durch ein geringer werdendes gesetzliches Rentenniveau und die Aufforderung, sich ersatzweise privat abzusichern. Still und leise haben sich die Arbeitgeber damit aus ihrer Verantwortung gezogen:

Wer riestert, zweigt monatlich vier Prozent seines Einkommens zusätzlich für die Rente ab. Die Arbeitgeber beteiligen sich nicht daran. So gesehen bedeuten die 22 Prozent, die für 2030 als Beitragsobergrenze im Gesetz stehen, für die Arbeitgeber 11 Prozent, für Arbeitnehmer aber 11 plus mindestens 4 Prozent für die private Vorsorge obendrauf. Wenn die Beiträge also in Zukunft steigen müssen, dann muss das in verkraftbaren und planbaren Schritten passieren – und die Lasten müssen auf jeden Fall paritätisch bezahlt werden. Nur die gesetzliche Rentenversicherung garantiert: Die eine Hälfte der Beiträge zahlt der Arbeitnehmer, die andere Hälfte der Arbeitgeber. Eine stärkere gesetzliche Rentenversicherung verteilt die Lasten wieder paritätisch und damit gerecht. Und sorgt dafür, dass die Rente auch morgen noch für die Jungen und die Alten funktioniert.

Wir packen es gemeinsam an

Offenbar fällt es der Bundesregierung leicht, von den Menschen zu fordern, sich stärker privat zu versichern und damit Geld von ihrem Einkommen abzuzweigen. Aber wenn es darum geht, die gesetzliche Rente auszubauen, heißt es schnell: Das ist nicht machbar.

Wir sagen: Vieles ist machbar, was die Menschen besser absichert. So ist beispielsweise die Wirtschaft nicht eingebrochen, als der Mindestlohn eingeführt wurde. Genau dies hatten zuvor viele Arbeitgeber behauptet. Auch eine starke gesetzliche Rente wird die Wirtschaft nicht ruinieren.

Wir lassen uns keine Angst machen, sondern arbeiten an guten Lösungen.

Die Diskussion vor Ort bringen

Was wir jetzt brauchen, sind Diskussionen, Ideen und Impulse vor Ort. Wie muss eine zukunfts-feste Rente aussehen, die ein Leben in Würde im Alter sichert und Altersarmut verhindert? Sprich Deine Kolleg/innen an, diskutiere mit den Nachbarn, in der Schule oder in der Gemeinde. Überzeuge andere davon, dass der Weg zu einer besseren Rente nur gemeinsam gelingt. Sprich die Organisationen im Netzwerk gerechte Rente vor Ort an, um Veranstaltungen und Plattformen zu schaffen. Nutze die sozialen Medien, um die Idee einer gerechten Rente, die allen nutzt, zu verbreiten.

Die Seite im Netz zur Kampagne "Rente muss reichen"

rente-muss-reichen.de

